Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

243 (17.10.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 243 | **Montag, den 17. Oktober 1932** | **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Reichskanzler von Papen hielt am Sonntag zwei Reden vor Vertretern der Wirtschaft in Westdeutschland.

*

Zu blutigen Zusammenstößen kam es am Sonntag in Dortmund und in Wien.

*

Ueber die neue Leitung des Völkerbundssekretariats wurde eine Einigung erzielt. Deutschland stellt nur einen Untergeneralsekretär, voraussichtlich Staatssekretär Trendelenburg. Zum Generalsekretär wird am Montag der Franzose Avenol gewählt.

*

Das Konkordat zwischen Baden und der katholischen Kirche wurde von Pacelli und Dr. Baumgartner unterzeichnet.

*

Englands Bemühungen um die Viermächtekonferenz über die Abrüstung gehen weiter.

*

Das Reichsinnenministerium ist beauftragt, die Verfassungsreform auszuarbeiten; dazu sind Richtlinien aufgestellt worden.

*

Die Verhandlungen mit Italien über die Devisenfrage stehen günstig, bei der Einfuhrbeschränkung sind die Verhandlungen abgebrochen.

*

Die deutsche Handelsbilanz schließt im September mit einem Ausfuhrüberschuß von 84 Millionen RM. ab, gegenüber 97 Millionen RM. im August.

*

Die Wahl des neuen Generalsekretärs des Völkerbundes, die ursprünglich in der Nacht zum Sonntag vorgenommen werden sollte, wurde auf Montag vertagt.

*

Nach einer Mitteilung des Generalsekretärs Drummond wird dem deutschen Untergeneralsekretär künftig die Leitung der Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes übertragen.

*

Die Deutschnationale Volkspartei hielt am Sonntag in Berlin eine sozialpolitische Tagung ab, auf der u. a. Geheimrat Hugenberg sprach.

*

Auf dem nationalsozialistischen Tressen in Koburg wurde Hitler die Ehrenbürgerurkunde der Stadt Koburg überreicht.

*

Die englischen Sonntagsblätter stellen erhebliche Gegensätze im englischen Kabinett, besonders zwischen Macdonald und dem Schatzkanzler, hervorgerufen durch den Plan einer großen Arbeitsbeschaffungsanleihe, fest.

*

Der „Paris Soir" will von einem bevorstehenden Rücktritt des derzeitigen französischen Botschafters in Berlin, Francois Poncet, wissen.

*

In einer Wahlrede in Leipzig übte Goebbels scharfe Kritik an der Regierung Papen.

Für 650 000 RM. Winzerhilfe

450 000 RM. für Zinsverbilligung — 200 000 RM. Lagerkostenzuschuß an Winzergenossenschaften — Zinsennachlaß und Kreditstundung

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat nunmehr die Grundsätze für eine Förderung des Absatzes der diesjährigen Weinernte und für eine Erleichterung der Lage der deutschen Winzer herausgegeben. Danach wird für die schnelle Aufnahme der diesjährigen Weinernte durch den Weinhandel eine Zinsverbilligungsaktion durchgeführt, die sich in wesentlichen Punkten an die vorjährige gleiche Aktion anschließt. Es ist auf besonderen Wunsch der Beteiligten jeder Weinhandelsfirma, die auf Kredit für 4000 RM. Weintrauben, Moste oder Weine der Ernte 1932 aufkauft, die Möglichkeit zugesprochen worden, die Zinsverbilligung für aufgenommene Kredite zu beanspruchen, während im vergangenen Jahre die Spargrenze 6000 RM. betrug. Das Ministerium hat für diesen Zweck eine Summe von 450 000 RM. bereitgestellt.

Im vorigen Jahre war auch für die Winzergenossenschaften eine gleichartige Zinsverbilligungsaktion in die Wege geleitet. In diesem Jahre wird an Stelle der Zinsverbilligung den Genossenschaften für die Einlagerung von Most und Wein der diesjährigen Ernte ein Lagerkostenzuschuß zugebilligt werden. Das Reichsernährungsministerium hat einen Betrag von 200 000 RM. zur Gewährung von Beihilfen zur Einlagerung zur Verfügung gestellt.

Bei Fortdauern der Notlage des deutschen Winzerstandes hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen die diesjährig fälligen Zinsen aus dem Winzerkredit, soweit sie an das Reich abzuführen und den Kreditnehmern erlassen und die am 15. November fällige erste Rückzahlungsrate auf die Kredite sowie die folgenden Rückzahlungsraten um je ein Jahr gestundet.

Der Reichskanzler vor der westdeutschen Wirtschaft

Paderborn, 16. Okt. In seiner Rede, die Reichskanzler v. Papen Sonntag vor den Vertretern der westdeutschen Wirtschaft hielt, wies er mit Nachdruck darauf hin, daß die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung zum vornehmsten Ziel habe, Arbeit und Brot zu schaffen und dem Wiederanstieg der Wirtschaft die Bahn freizumachen. Der Wirtschaftskampf, fuhr der Kanzler fort, ist ein wichtiger Teil unseres nationalen Freiheitskampfes. Seine Grundlage war die Aufrechterhaltung der Währung, sein Ziel die Befreiung von den Tributen. Denn der Ausgang der Verhandlungen von Lausanne, der der deutschen Wirtschaft die Befreiung brachte von schweren unerträglichen Belastungen, war die Voraussetzung, daß die Regierung von der Verteidigung gegen die Wirtschaftskrise nun zum Angriff, d. h. zur Anregung aller wirtschaftlichen Kräfte im Sinne einer Besserung der Lage übergeht. Das war der führende Gedanke im Wirtschaftsplan der Reichsregierung.

Den Zeitpunkt, den wir wählten, kam uns dabei zu gute. Das Ende eines wirtschaftlichen Zusammenbruches von gigantischem Ausmaße zeichnet sich heute deutlich am Horizont ab. Aber die Ueberwindung der Krise kommt nicht von selbst, sie verlangt jetzt ein rasches und wagemutiges Handeln. Die Staatsführung ist vorangegangen. Die Wirtschaftsführung hat diesen Vorstoß mutig aufgenommen und wird ihn nun hoffentlich immer weiter treiben.

Unser Programm ist keineswegs nur für die Großen. Gerade die mittleren und kleinen Betriebe werden durch die Maßnahmen der Reichsregierung gefördert und gestützt werden, denn was wir wollen, ist ausgesprochene Mittelstandspolitik, ist ein wirtschaftlicher Wiederaufbau auf breitester Grundlage. Machen wir uns doch endlich einmal frei, rief der Kanzler aus, von dem Gedanken klassenmäßiger Bevorzugung, der sinnlos und verderblich ist in einem Augenblick, da es gilt, **alle Kräfte der Nation zu einer letzten Anstrengung zusammenzufassen, um die furchtbare Not unserer Zeit zu überwinden.**

Der Kanzler betonte, daß alle vorgeschlagenen Maßnahmen eine Vorbedingung erfüllen müßten, die Arbeiten müßten produktiv sein, sie dürften Währung und Kredit nicht aufs Spiel setzen. Die bisherigen Wirtschaftsmaßnahmen der Reichsregierung sind Uebergangsmaßnahmen für eine Zeit von 12 Monaten. Die Aufgabe, das ganze Wirtschaftsleben wieder flott zu machen, läßt sich auf keine andere Weise lösen, als auf diejenige, die wir gewählt haben. Eine noch so große Ausweitung der öffentlichen Aufträge hätte für sich allein niemals ein solches Maß von Arbeit und zusätzlicher Gütererzeugung schaffen können, wie es zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erforderlich ist. Es wäre ein Verbrechen, wollte man die deutsche Volkswirtschaft Experimenten ausliefern.

Wir stehen erst am Anfang der von uns verfolgten **Konsolidierung der Wirtschaft.** Dennoch: Geschäftsbelebung und eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes sind schon eingetreten. Der Kanzler wies darauf hin, daß seit der Verkündung der wirtschaftspolitischen Pläne der Reichsregierung der Kurs der Wertpapiere an den Börsen um etwa 15 Prozent, d. h. um rund 2,25 Milliarden gestiegen sind. Dabei handele es sich nicht um spekulative Anlagekäufe, zu deren Bezahlung geborgte Noten, der Verlust von ausländischen Effekten und dergleichen gedient haben. Damit ist die Kreditunterlage der deutschen Wirtschaft um einen nennenswerten Betrag ausgeweitet. Wenn das Werk der wirtschaftlichen Gesundung noch einige Zeit so fortschreitet wie wir hoffen, dann wird es uns auch von den schweren Sorgen erleichtern, die heute noch über den öffentlichen Finanzen und sozialen Einrichtungen lagern.

Da die Besserung nur langsam eintreten kann, hat sich der Reichsfinanzminister schon jetzt entschlossen, die monatliche **Ausschüttung für die Wohlfahrtshilfe an die Gemeinden im Oktober von 50 auf 60,** im November um weitere 50 Millionen zu erhöhen.

Zu den Teilen des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung, die am meisten angefeindet werden, gehört die sogenannte **Lohnsenkungsverordnung** vom 5. September. Ich habe den Eindruck, als ob die Schwierigkeiten sich durch verständnisvolles Zusammenwirken von Unternehmer- und Arbeiterschaft bereits zum größten Teil gelöst haben. Die überhöhten Gehälter leitender Persönlichkeiten sollten dem heutigen Notstand angepaßt werden. Nur die Aussicht auf eine friedliche Durchführung des Wirtschaftsplanes gibt der Reichsregierung auch die Möglichkeit, die **Arbeitslosenunterstützung für den Winter sowie soziale Leistungen zu erhöhen.** Das Reichskabinett hat die nötigen Beschlüsse gefaßt. Sie werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Der Reichskanzler in Dortmund

Dortmund, 16. Okt. Nach seiner Rede im Paderborner Schützenhaus begab sich Reichskanzler von Papen im Kraftwagen nach Werl, seiner Heimatstadt, wo er seine Familienangehörigen kurz begrüßte. Darauf fuhr er nach Dortmund, wo er im Stadttheater vor Vertretern der westdeutschen Industrie sprach. Der Kanzler entwickelte etwa die gleichen Gedankengänge wie vormittags in Paderborn. (Näherer Bericht folgt.)

Deutsche Schupo — französische Gendarmerie

Zu den jüngsten französischen Unterstellungen

Schon seit Jahren gehört es zu den ständig wiederkehrenden französischen Behauptungen, daß die deutsche Polizei nichts anderes sei als ein nur getarnter Teil der Reichswehr. Diese Behauptung ist in den letzten Tagen wieder, angeblich sogar mit genauen Belegen, bei den Rumpfverhandlungen der Abrüstungskonferenz aufgetaucht. Demgegenüber erscheint es angebracht, einmal klipp und klar und vor allem beweiskräftig darzulegen, daß die deutsche Polizei im Gegensatz zur französischen Gendarmerie eine selbständige Organisation ist, für die der Begriff der Kriegsverwendbarkeit, die die Franzosen besonders hervorheben, nicht zutrifft.

Der grundsätzliche Unterschied zu der französischen Organisation besteht vor allem darin, daß die oberste Polizeibehörde in Deutschland das jeweilige Landesministerium des Innern ist. Man müßte sogar richtiger statt von einer deutschen Polizei von den „Polizeien der deutschen Länder" sprechen, die niemals unter militärischen Vorgesetzten, sondern in Orten mit staatlicher Polizeiverwaltung dem Polizeipräsidenten oder Polizeidirektor und in allen anderen Fällen dem kommunalen Polizeiverwalter unterstehen. Es gibt im übrigen nicht etwa nur „Bereitschaften", sonders stets vereinigte Reviere und Bereitschaften. Die zulässige Höchststärke der Polizei in allen deutschen Ländern beträgt 140 000 Mann. 105 000 sind staatliche Polizeibeamte, die sich auf uniformierte Schutzpolizei, Kriminalpolizei und Verwaltungspolizei verteilen. Die übrigen 35 000 sind kommunale Polizeibeamte. Da die Polizeibehörden eine Fülle von Verwaltungsaufgaben zu erledigen haben, muß mehr als ein Drittel dieser 140 000 Polizeibeamten im Bürodienst verwandt werden.

Daß keinerlei Zusammenhang zwischen Polizei und Militär besteht, ergibt sich zunächst daraus, daß der Ersatz ausschließlich aus militärisch ungedienten Leuten besteht. Nach zwölf Dienstjahren erfolgt unkündbare Anstellung bis zum 60. Lebensjahre. Die Polizeibeamten haben, wie die übrige Beamtenschaft, das Koalitionsrecht, das ihnen nicht zustehen würde, wenn sie militärische Funktionen besäßen. Die Offiziere gehen aus der Polizeibeamten-Mannschaft selbst hervor. Eine Uebernahme der Offiziere aus der Wehrmacht erfolgt nicht. Vor allem bestehen keinerlei dienstliche oder organisatorische Beziehungen zwischen Polizei und Wehrmacht. Eine militärische Ausbildung der Polizeibeamten geschieht überhaupt nicht. Die Unterweisung in Waffen beschränkt sich auf den Umfang der für die Polizei besonders erforderlichen Aufgaben. Schießausbildung erfolgt nur auf kurze Entfernungen. Gefechtmäßiges Schießen findet überhaupt nicht statt. Zur Bedienung der beiden Maschinengewehre, die sich auf den von der interalliierten Militär-Kontroll-Kommission zugestandenen 150 nicht-geländegängigen Panzerwagen befinden, sind im ganzen nur 1800 Beamte ausgebildet. Es gibt weder Schieß- noch Truppenübungsplätze. Auch werden keine Manöver und Uebungen in größeren Verbänden abgehalten, ebenso wenig wie die Polizeibeamten in kriegsmäßigen Marschleistungen noch in der Anlage von Stellungen ausgebildet werden.

Die Uniform der Beamtenschaft und die Machart der einzelnen Stücke macht ihre Verwendung für militärische Zwecke unmöglich. Sie hat weder Tornister, noch Schanzzeug, noch Zeltausrüstung. Sie verfügt nur über 17 000 Stahlhelme für insgesamt 87 000 uniformierte Beamte. Es fehlen ihr sämtliche schweren Waffen. Auf je drei Beamte entfällt ein Karabiner, auf je 20 eine Maschinenpistole. Größere Munitionsbestände besitzt die Polizei nicht. Die Seitenwaffe ist kriegsunbrauchbar, nur jeder dritte Seitengewehr ist zum Aufpflanzen eingerichtet. Es fehlen der Polizei endlich sämtliche chemischen Waffen, Flugzeuge, Feldküchen, geländegängige Kraftwagen, Pioniergerät und Trains, ja sie verfügt nicht einmal über Aerzte, die den Sanitätsoffizieren der Reichswehr entsprechen, oder über sonstige militärähnliche Sanitätsausstattung. Um die Aufzählung zu vervollständigen, sei noch hervorgehoben, daß die Polizei weder Luft- noch Kraftfahreinheiten, noch Fernmeldeverbände besitzt.

Da die technische Ausrüstung der Polizei von den örtlichen Dienststellen verwaltet und bedient wird, ist eine einheitliche Verwendung im Kriegsfalle einfach ausgeschlossen. Die Ausrüstung der Polizei muß auch in diesem Falle für die gleichen rein polizeilichen Zwecke verfügbar bleiben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wie ist es dagegen um den Charakter der französischen Gendarmerie bestellt? Diese Gendarmerie, die im Gegensatz zu Deutschland in Frankreich dem Kriegsminister unterstellt ist, hat ohne die Kolonialgendarmerie nach dem Etat von 1931/32 eine Gesamtstärke von 1255 Offizieren und 41 430 Mann. Sie ist in drei Gruppen eingeteilt. Der Nationalgendarmerie obliegt im Frieden neben der Erhaltung der öffentlichen Ordnung die Kontrolle der Rekrutierung und der Mobilmachungsanordnungen. Im Kriege wird sie als mobile Feldgendarmerie verwandt, außerdem hat sie für den Schutz der Bevölkerung gegen Luftangriffe und Gasgefahr zu sorgen.

Die Republikanische Garde von Paris ist ein Sondertruppenteil der Gendarmerie, die regimentsartig in drei Bataillone zu vier Kompagnien und vier Eskadronen gegliedert ist. Im Frieden genießt sie eine besondere militärisch-polizeiliche Ausbildung. Im Frieden ist sie die eigentliche Sicherheitsbesatzung von Paris. Die mobile republikanische Garde endlich, deren 15 000 Mann in Legionen, Bataillone und Kompagnien gegliedert sind, dient im Frieden zur Verstärkung der Nationalgendarmerie unter besonderer Berücksichtigung der Ausrüstung mit Straßenpanzerwagen. Außerdem stellt sie gleich der Nationalgendarmerie das Lehrpersonal für die militärische Jugendausbildung. Im Kriege jedoch, und das ist von besonderer Bedeutung, werden diese 15 000 Mann auf alle Dienstgrade der Armee verteilt. Die mobile republikanische Garde stellt also ein Unterführer-Reservoire von Berufssoldaten für die Armee dar.

Wer ist nun wirklich kriegsverwendbar? Die deutsche Schupo oder die französische Gendarmerie? Man wird abwarten müssen, ob angesichts dieser unwiderlegbaren Beweisführung die französischen Unterstellungen von neuem erhoben werden. R. K.

Der deutsche Außenhandel im September 1932

Berlin, 16. Okt. Die deutsche Handelsbilanz schließt im September 1932 mit einem **Ausfuhrüberschuß in Höhe von 84 Millionen RM.** gegenüber 97 Mill. RM. im August. Die **Einfuhr** ist gegenüber dem Vormonat um 29 Mill. RM. auf 360 Mill. RM. gestiegen. Diese Zunahme bedeutet sowohl dem Wert als auch dem Volumen nach eine Mehreinfuhr um etwa 8.5 Prozent. Die eingeführten Rohstoffe, auf die 20 Mill. RM. der Mehreinfuhr entfallen, weisen zum Teil eine bedeutende Steigerung ihrer Durchschnittswerte auf, während das durchschnittliche Preisniveau der eingeführten Lebensmittel und Fertigwaren weiter abgesunken ist. Die **Ausfuhr** hat gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 16 Mill. RM. auf 444 Mill. RM. erfahren. Dem Volumen nach ist sie um 7.5 Prozent, dem Wert nach jedoch nur um 3,5 Prozent gestiegen. Es macht sich jetzt die Preisschere, die bisher während der Krisen- und Depressionsmonate im Sinne einer Entlastung der Handelsbilanz wirkte, in der Richtung einer preismäßigen Belastung der Handelsbilanz nachteilig bemerkbar. Da damit zu rechnen ist, daß die hauptsächlich die Ausfuhr ausmachenden Fertigwaren im Preise zunächst noch weiter sinken, während die den größten Teil der Einfuhr bildenden Rohstoffe im Preise schon steigen, wird das deutsche Außenhandelsergebnis der nächsten Zeit von diesen Preiseinflüssen wesentlich mit abhängen.

Dr. Klepper rechtfertigt sich

Berlin, 16. Okt. Der frühere Präsident der Preußenkasse, Dr. Klepper, erklärte gegenüber der Presse, daß er die politische und moralische **Verantwortung** für die ihm vorgeworfenen Maßnahmen **übernehme;** er vertrat die Auffassung, daß die juristische Seite der Angelegenheit vollkommen einwandfrei sei. Der Generalstaatsanwalt in Berlin hat gegen den früheren preußischen Finanzminister Dr. Klepper, der im Untersuchungsausschuß des Landtags der Korruption beschuldigt wurde, das **Ermittlungsverfahren** eröffnet.

Die Verhandlungen mit Italien

Die deutsch-italienischen Kontingentsverhandlungen — Aufhebung des italienischen Devisenerlasses

Rom, 16. Okt. Die deutsche Delegation für die Devisenfrage und die deutschen Kontingentierungsabsichten verließ die italienische Hauptstadt. Mit der baldigen Unterzeichnung eines hier vereinbarten **neuen deutsch-italienischen Devisenabkommens,** und zwar schon vor weiteren Kontingentierungsbesprechungen ist zu rechnen. **Ein abschließendes Ergebnis über die Kontingentierungsfrage liegt nicht vor,** war auch nicht das Ziel der hiesigen Besprechungen. Es haben sich in dieser Frage selbstverständlich **Meinungsverschiedenheiten nicht leichter Art ergeben.** Die Besprechungen haben sich aber, wie übrigens auch die Devisenverhandlungen, in einer sehr angenehmen und freundschaftlichen Atmosphäre abgespielt. Von einem Scheitern der Verhandlungen über die Kontingentierungsfrage kann keineswegs gesprochen werden. Aus unterrichteten deutschen Kreisen erfährt man über das Abkommen folgende Einzelheiten:

In das **neue Devisenabkommen** soll eine neue Bestimmung aufgenommen werden, die die Beibehaltung des Verhältnisses von Aus- und Einfuhr ermöglicht, wie es sich aus der Handelsstatistik von 1931 ergibt. Italien würde damit die Möglichkeit gegeben, über den Rahmen der allgemeinen Devisengesetzgebung hinaus den Warenverkehr nach Deutschland aufrechtzuerhalten, während Deutschland gewisse Sicherungen erhielte, daß seine Handelsbilanz mit Italien weiterhin aktiv bleibt. Das vor einigen Wochen erlassene **italienische Devisendekret soll mit rückwirkender Kraft aufgehoben werden.**

Bei den Besprechungen über die **deutschen Kontingentierungsabsichten** konnte in einer Reihe von Fällen eine Annäherung erzielt werden. Auch wurde die Möglichkeit von deutschen Gegenleistungen erörtert. Konnte dieses Problem auch nur in großem Rahmen gestreift werden, so wird sich doch ergeben können, in welcher Weise gegebenenfalls die Besprechungen fortgeführt werden können. Mit Interesse sieht man solchen **in Berlin geplanten Besprechungen** entgegen, so z. B. in Bezug auf die Möglichkeit einer verstärkten Einfuhr von italienischem Reis nach Deutschland, das im vergangenen Jahr bei einem Gesamtbezug im Wert von 38 Millionen RM. von Italien nur für 70 000 RM. bezogen hat.

Der amtliche Bericht über die Verhandlungen

Rom, 16. Okt. Ein zwischen den deutschen und italienischen Vertretern **vereinbartes Communique** über die deutschen und die italienischen Devisen- und Kontingentierungsverhandlungen hat folgenden Wortlaut:

„Die seit einigen Tagen zwischen Vertretern der deutschen und italienischen Regierung in Rom geführten Besprechungen über **Fragen des Warenverkehrs** sind zum Abschluß gekommen. Zur Frage der **Einfuhrkontingentierung** haben die deutschen Vertreter die Auffassung ihrer Regierung eingehend dargelegt und die Ansichten der italienischen Regierung hierüber zur Kenntnis genommen. Sie werde ihrer Regierung über das Ergebnis der Besprechungen berichten. Hinsichtlich der Regelung der **Zahlungen aus dem Warenverkehr** dauern die Verhandlungen noch fort. Es besteht Aussicht auf eine baldige befriedigende Lösung".

Verschiedene Kabinettsbeschlüsse

Berlin, 15. Okt. Das Reichskabinett hat der Verordnung zugestimmt, durch welche die Kompetenzen des Bankenkommissars eine neue Festlegung und vielleicht auch noch eine gewisse Erweiterung erfahren sollen. Außerdem hat das Kabinett einige weitere Verordnungen beschlossen, die dem Reichspräsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt werden sollen. Es handelt sich dabei um eine Verordnung zur **Umwandlung der preußischen Zentralgenossenschaftskasse in ein Reichsinstitut,** um eine Verordnung zur beschleunigten Durchführung der **Entschuldung im Osthilfegebiet** und endlich um jene Verordnung **sozialpolitischen** Charakters, durch welche die bekannten Milderungen der durch die Notverordnung vom 16. Juni erfolgten Rentenkürzungen und auch verschiedene Erhöhungen bei einzelnen sozialen Leistungen durchgeführt werden sollen. Mit dem Erlaß dieser Verordnungen dürfte für diese Woche zu rechnen sein.

Ungünstige Entwicklung der Sozialversicherung im ersten Halbjahr 1932

Die Entwicklung der deutschen Sozialversicherung spiegelt im ersten Halbjahr 1932 die kritischen Verhältnisse in der Wirtschaft und die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt wider.

In der **Krankenversicherung,** die einen andauernden Rückgang an Mitgliedern infolge des Ausscheidens immer größerer Kreise aus dem Arbeitsprozeß zu buchen hat, erbrachten nach den soeben veröffentlichten Angaben des Statistischen Reichsamts die Einnahmen je Mitglied im ersten Halbjahr 1932 35.41 RM., während es im ersten Halbjahr 1931 43.01 RM. waren. Die Ausgaben sanken gegenüber dem ersten Halbjahr 1931 von 43.76 auf 35.07 RM., so daß einem Ueberschuß der Ausgaben im ersten Halbjahr 1931 von 0.75 RM. je Mitglied im ersten Halbjahr 1932 ein Ueberschuß der Einnahmen von 0.34 RM. je Mitglied gegenübersteht. Die Ausgabenbeschränkungen sind hauptsächlich durch Senkung des Krankengeldes entstanden. Dieses betrug je Mitglied im ersten Halbjahr 1931 noch 12.48 RM., im ersten Halbjahr 1932 dagegen nur noch 8.18 RM. Die Kosten für Krankenbehandlung durch approbierte Aerzte ermäßigten sich von 8.57 RM. auf 7.54 RM., die Kosten für Arzneien und sonstige Heilmittel von 4.83 auf 3.96 RM. und die Kosten für Krankenhauspflege von 6.61 auf 5.32 RM. je Mitglied.

In der **Invalidenversicherung** sind die Rentenleistungen (642,3 Millionen RM.) immer noch mehr als doppelt so hoch wie die Beitragseinnahmen (315,5 Millionen RM.); im Vorjahr waren die Leistungen 677,9 Millionen RM., die Beitragseinnahmen 411,7 Millionen RM.

Bei der **Angestelltenversicherung** sind die Beitragseinnahmen (149,3 Millionen RM.) um nur noch 39 v. H. höher als die Rentenzahlungen (107,8 Millionen RM.), während sie im ersten Halbjahr 1931 noch um 80 v. H. höher lagen als die Ausgaben für Renten.

In der **Arbeitslosenversicherung,** die im ersten Halbjahr 1931 einen Fehlbetrag von 243,3 Millionen RM. aufwies, ist durch Abstoßen der Ausgesteuerten aus der Arbeitslosenunterstützung und Krisenunterstützung an die Gemeinden, Kürzung der Unterstützungsdauer, Drosselung der Unterstützungssätze usw. im ersten Halbjahr 1932 ein Ueberschuß von 41,6 Millionen RM. erzielt worden. Die Ausgaben für die Krisenfürsorge sind in dieser Zeit von 338.8 Millionen auf 563,9 Millionen RM. gestiegen.

Doch Rücktritt von Francois Poncet?

T.U. **Paris,** 10. Okt. Der „Paris Soir" will aus absolut zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß der bisherige französische Botschafter in Berlin, François Poncet, nunmehr doch von seinem Berliner Posten zurücktreten werde. Francois Poncet werde wahrscheinlich den bisherigen Botschafter in Rom, Beaumarchais, ersetzen, der in den Ruhestand trete. Die Berliner französische Botschaft werde voraussichtlich der bisherige Botschafter in Madrid, Herbette, übernehmen. Möglicherweise komme dafür aber auch der französische Botschafter in Brüssel, Corbin, in Frage.

Spanischer Gesetzentwurf über die Religionsgesellschaften

Madrid, 15. Okt. Der Justizminister gab im Parlament den Gesetzentwurf über die Religionsgesellschaften bekannt. Der Staat garantiert volle Gewissensfreiheit und freie Ausübung der einzelnen Kulte. Religiöse Kundgebungen außerhalb der Gotteshäuser bedürfen der behördlichen Genehmigung. Alle amtierenden Geistlichen müssen die spanische Nationalität besitzen. Sämtliche dem katholischen Kultus dienenden Gotteshäuser, Bischofssitze, Seminarien, Klöster und sonstige Gebäude mit allen für die Ausübung des Kultus notwendigen Einrichtungen werden zum Eigentum der Nation erklärt, jedoch der Kirche für ihre Zwecke zur Verfügung gestellt. Eigenbesitz dürfen die Religionsgesellschaften nur zu rein religiösen Zwecken und auch nur im Rahmen des unbedingt Notwendigen erwerben. Die Errichtung von Anstalten für die Heranziehung der Geistlichen ist erlaubt. Die Religionsgesellschaften dürfen sich politisch nicht betätigen. Ihre Statuten bedürfen der Genehmigung durch die Regierung. Das Betreiben von Betrieben in Handel, Industrie und Landwirtschaft ist den Religionsgesellschaften verboten, ebenso das Erteilen von Unterricht. Angehörige von Religionsgesellschaften, die diese verlassen wollen, genießen den Schutz des Staates.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.)

44)

Lieber Eberhard!

Du wirst Dich vielleicht zurückgesetzt fühlen durch mein Verhalten in den letzten Tagen. Ich bitte Dich, mir das nicht übel zu deuten. Als Stimmungsmensch ist man seelischen Schwankungen unterworfen, die sich leider nicht mit einer Handbewegung beiseite schieben lassen. Es mag dies für mich eine beschämende Tatsache sein, aber ich bin in dieser Hinsicht noch nicht stark genug.

Ich bitte Dich, mich zu besuchen, sobald es Deine Zeit erlaubt. Sieh, meine Ferien gehen zu Ende. Laß uns deshalb noch eine Woche irgend wohin fahren, wo es schön ist. Vielleicht Zell am See? Oder willst Du höher hinauf? Etwa Oetztaler Gletscherregion? Dann also nach Vent oder Obergurgl, wie es Dir beliebt. Du weißt, daß ich überall gern bin, wo die Berge in den Himmel ragen. Bergheil!

Deine

Ursula.

Sie überprüfte noch einmal das Geschriebene, lächelte dann: „Ein bißchen kühl, aber soweit ich Eberhard kenne, liebt auch er überflüssige Sentimentalität nicht."

Sie übergab den Brief Sepp zur Beförderung. Er sollte ihn am Bahnhof Bergen in den Kasten werfen. Sepp nickte verstehend und ließ ihn in seiner inneren Rocktasche verschwinden. Dort war das zierliche Brieflein gut aufgehoben. Zu gut!

Am nächsten Tage gab es Familienrat im Sanatorium Josephy. Der Sanitätsrat bewohnte im Sommer eine Zimmerflucht des obersten Stockwerkes. Von hier aus hatte man eine herrliche Aussicht bis weit in den Chiemgau hinein.

Ursulas Mutter, eine noch verhältnismäßig junge, hübsche Frau, war von der See zurückgekehrt. Sie hieß den Entschluß ihrer Tochter gut.

„Sehr vernünftig von dir, nun endlich energisch an deine Erholung zu denken! Im Grunde habe ich auch nichts gegen Kerkhoffs Begleitung einzuwenden, wenngleich zu bedenken ist, daß ihr noch nicht verlobt —"

„Ach Unsinn!" fiel ihr da der gestrenge Herr Gemahl ins Wort. „Sei doch nicht päpstlicher als der Papst! Ist Ursel so manches Wochenende mit Vidor in die Berge gefahren, gönne ich ihr das Vergnügen mit dem kreuzbraven Kerkhoff erst recht. Ich halte ihn für einen in jeder Hinsicht zuverlässigen und tüchtigen Menschen."

„Gewiß, gewiß," beeilte sich Frau Emmy zu bestätigen, obgleich sie ihren zukünftigen Schwiegersohn noch gar nicht kannte, „aber wir müssen bedenken, daß Ursel durch die Griesener Geschichte in verschiedenen Zeitungen genannt worden ist. Man wird vielleicht hier und da auf sie acht geben und —"

Der Herr des Hauses krachte die Faust auf den Tisch, daß das Frühstücksgeschirr klirrte. Dazu schimpfte er: „Ich möchte nur wissen, wer dich mit solchem Blödsinn infiziert hat! Zeitung, Zeitung — was man da heute liest, hat man morgen vergessen. Sensationen sind nur für den Augenblick berechnet. Ursel wird unbehelligt tage- und nächtelang in den Hütten des Hochgebirges gemeinsam mit Kerkhoff zubringen können, ohne daß sich auch der Deubel um sie kümmert. In der Höhenluft geht es kameradschaftlich zu. Klatsch und Weiberträtsch gedeiht nur im Tale."

Es wäre wahrhaftig nicht das erstemal gewesen, daß es schon am Morgen zu einem Gewitter mit Krach und Donnerwetter zwischen den Ehegatten kam. Ursula sah sich zum Eingreifen und gütlichen Vermitteln genötigt.

„Mutter — deine Bedenken in Ehren, aber sie sind tatsächlich nicht am Platze. Wenn Eberhand herüberkommt, wie ich hoffe, werde ich ihn dir vorstellen. Du wirst dann selber beurteilen können, ob er vertrauenswürdig ist oder nicht."

Tatsächlich gelang es ihrer diplomatischen Art, den Frieden wieder herzustellen. Aber nun wurde eine andere Frage angeschnitten, die der Tochter des Hauses nicht weniger unangenehm war.

„Ich schlage sogar vor," bekannte der Sanitätsrat, die soeben aufgegriffene Morgenzeitung wieder weglegend, „daß Ursula solange bleibt, wie es ihr gefällt. Es kommt der September mit seinen prachtvoll durchsichtigen Tagen. Ich würde euch dafür das Karwendel empfehlen. Herbsttage im großen oder kleinen Ahornboden sind unvergeßlich!"

Ursula schob die Tasse zurück. Den Fehdehandschuh aufgreifend, sagte sie: „Du vergißt Vater, daß weder Eberhard noch ich nach unserem Belieben schalten und walten können. Wir haben beide nebenbei auch einen Beruf, den wir lieben und der es uns erst ermöglicht, daß wir in die Ferien fahren können."

Donnerwetter, konnte das Mädel in die Offensive gehen! Der Sanitätsrat war zu gleichen Teilen belustigt und erstaunt. Sich in aller Gemütsruhe und etwas umständlich die erloschene Zigarre wieder in Brand setzend, lachte er beruhigend seinen Standpunkt heraus: „Mädel, mach mir doch nichts vor! Du weißt ganz genau, wie ich über deinen Beruf denke. Ganz abgesehen davon, daß du es nicht nötig hast, dich den lieben langen Tag in deine düstere Schriftleiterbude zu setzen —"

„Bitte sehr!" fiel ihm Ursula berichtigend ins Wort, „Ich habe das sonnigste Zimmer im ganzen Betrieb!"

„— und dir das Gehirn für andere Leute umzuwenden," fuhr ihr Vater unbeirrt fort," würde deinen Nerven eine längere Atempause wirklich nur von Nutzen sein. Wenn du erst verheiratet bist, wirst du einsehen, wie recht ich habe. Dann seid ihr berufstätigen Frauen meist verbraucht und die Scherereien mit der defekten Gesundheit beginnen."

Sogar Frau Emmy nickte bekräftigend mit dem jugendlich frisierten Kopfe. Wie sie so neben ihrer Tochter saß, hätte man die beiden Frauen ohne Uebertreibung für Schwestern halten können

Jetzt war an Ursula die Reihe, zu lachen.

„O nein, Vater. Du beliebst das Thema nach deinem Standpunkt umzubiegen. Laut Statistik — —"

Der alte Herr winkte, eine Grimasse schneidend, ab.

„Laß mich mit deinen Statistiken zufrieden!" knurrte er, die Zeitung wieder aufnehmend und damit den Kampf für sich verloren gebend.

„Und ans Heiraten denk ich vorläufig überhaupt noch nicht!" trumpfte Ursula auf, das Gespräch abschließend.

Der Sanitätsrat verschanzte sich hinter seiner Zeitung. Mit dem „Weibervolk" war ja doch nicht vernünftig zu reden! Wem nicht zu raten, dem ist nicht zu helfen. Mochte Ursula nach ihrer Fasson selig werden.

Der Vormittag verging — Kerkhoff kam nicht. Der Nachmittag floß dahin — der Erwartete blieb aus. Nun bemächtigte sich Ursulas doch eine geheime Unruhe. Ihr wurde jetzt erst eigentlich so recht bewußt, daß ihr Verhalten in den letzten Tagen Kerkhoff vor den Kopf gestoßen haben könnte. Während sie am Fenster stand und die Straße nach Bergen überschaute, ging sie mit sich zu rate. Was tun?

Ja, sie hatte sich vor Eberhard verleugnen lassen, aber nur, weil sie wirklich nicht in der Stimmung gewesen war, ihn zu empfangen. Schließlich kam sie zu dem Ergebnis: Hin zu ihm! In einer Aussprache unter vier Augen ließ sich alles wieder einrenken.

Mit dem Auto konnte sie nicht fahren. Sepp hantierte in der Garage. Es gab eine Reparatur. Kurz entschlossen lief Ursula zu Fuß bis zur Station und fuhr dann mit dem Personenzug nach Uebersee. Von dort hatte sie nur noch eine halbe Stunde zum See.

Endlich stand sie vor dem Hause des Geliebten. Blitzschnell abschweifender Gedanke: Wenn das die Mutter wüßte, würde sie wahrscheinlich tadelnd bemerken, daß ein junges Mädel nicht ohne Begleitung die Wohnung eines Junggesellen betrete! Bei aller Neuzeitlichkeit ihrer Anschauungen konnte Mama doch zuweilen furchtbar vorsintflutliche Ideen entwickeln . . .

Mit einem Lächeln auf den Lippen drückte Ursula auf den Klingelknopf. Man hörte deutlich das Rasseln der Glocke. Und dann verging der Wartenden das Lachen.

Niemand öffnete.

Das war einerseits erfreulich, andererseits beunruhigend. Wenn Eberhard nicht da ist, kann er meinen Brief nicht gelesen haben und mich auch nicht besuchen. Aber: wo konnte er weilen, und warum teilte er ihr nicht mit, wohin er fuhr?

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg